

Büro Hans-Dietrich Genscher

R e d e

von Bundesminister a. D.

Hans-Dietrich Genscher

anlässlich der 39. Kommandeurstagung der Bundeswehr

am 10. April 2002

in Hannover

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Generalinspekteur, meine Herren Kommandeure,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Generalinspekteur, zum bisherigen Verlauf Ihrer Tagung kann man Ihnen nur gratulieren.

Über einen Mangel an öffentlicher Aufmerksamkeit können Sie sich wirklich nicht beklagen.

Man kann nur hoffen, dass das alle erreicht, insbesondere die, die es angeht.

Auf jeden Fall haben Sie jeden Verdacht ausgeräumt, dass Sie die Tagung auch aus politischen Gründen an die Leine gelegt haben.

Dass sie an die Leine gelegt wurde, ist wirklich nur rein geographisch zu verstehen.

Das zeigen Freimut und Niveau der hier geführten Debatte.

Man kann nur wünschen, dass alle, die sonst von der Bundeswehr reden, sich daran ein Beispiel nehmen.

Manches, was man in dieser Zeit zur Bundeswehr hört, wird zur Zumutung, insbesondere für die im Einsatz stehenden Soldaten.

Die Tagung findet in einer Zeit statt, in der die Bundeswehr auf der einen Seite hohes Ansehen in unserer Öffentlichkeit genießt, die internationalen Einsätze unserer Soldaten haben diese Wertschätzung noch erhöht.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch schwerwiegende Probleme und das macht die ganze Spannweite der Diskussion aus.

Es ist fast 23 Jahre her, dass ich am 3. Mai 1979, damals als Bundesminister des Auswärtigen, in Borkum zu dem Thema "Die außenpolitischen Grundlagen unserer Sicherheit an der Schwelle zu den 80er Jahren" vor der Kommandeurstagung der Bundeswehr gesprochen habe.

Das geschah zu einer Zeit, in der der Kalte Krieg insbesondere im sicherheitspolitischen Bereich mit der Diskussion des NATO-Doppelbeschlusses einen seiner Höhepunkte erreichte.

Gleichzeitig wurden aber damals schon die Umriss einer neuen Weltordnung sichtbar.

Ich sprach deshalb über die Aufgaben unserer Außen- und Sicherheitspolitik in einer neuen Welt der globalen Interdependenz.

Dazu stellte ich fest: "Fundament unserer Außenpolitik ist auch in dieser neuen weltpolitischen Periode die Einbettung in die Europäische Gemeinschaft und das nordatlantische Bündnis.

Nur innerhalb dieser beiden Gemeinschaften können wir das Überleben und Gedeihen unseres Landes in Frieden, Freiheit und politischer, wirtschaftlicher und sozialer Stabilität sichern.

Sie zu bewahren und auszubauen ist die absolute Priorität unserer Außen- und Sicherheitspolitik.

Und weiter: Für die europäische Einigung war die deutsch-französische Aussöhnung und schließlich die Freundschaft eine unverzichtbare Voraussetzung.

Sie ist und bleibt ein Eckpfeiler.

Von ähnlicher Bedeutung ist die deutsch-amerikanische Freundschaft für das Bündnis."

Diese Feststellungen und die Beschreibung unserer Beziehungen zu Washington und zu Paris als Kernbeziehungen unserer Außen- und Sicherheitspolitik gelten fort. Es sollte alles getan werden, dass es so bleibt.

Am Potomac, an der Seine und an der Spree.

Das gilt auch angesichts der revolutionären Veränderungen, die wir erlebt und die Deutschland und Europa mitgestaltet haben.

Was wir seit dem 9. November 1989, dem Tag des Falls der Mauer, erleben, ist die tiefgreifendste Revolution der Menschheitsgeschichte, tiefgreifender als die Französische Revolution von 1789 und die Revolution Lenins von 1917.

Der amerikanische Schriftsteller Fukujama sprach am Anfang der 90er-Jahre sogar vom Ende der Geschichte.

Das greift ganz sicher zu weit.

Aber feststeht: Mit dem Fall der Mauer und mit der fortschreitenden Durchsetzung von Freiheit und Menschenrechten, von Demokratie und Marktwirtschaft, auch im Osten Europas, wurde eine neue weltweite Entwicklung in Gang gesetzt, die erst Schritt für Schritt als Beginn einer neuen Menschheitsepoche erkannt werden wird. Hier - das heißt in der Überwindung des Kalten Krieges und der Teilung der Welt - liegt der Schlüssel für das Verständnis der neuen Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen und nicht - wie manche vordergründig meinen - im 11. September 2001.

Dieser schreckliche September-Tag brachte eine, alle bisherigen Vorstellungen sprengende Eskalation des Terrorismus.

Er hat das Bewusstsein für die Gefahren des internationalen Terrorismus geschärft. Und er hat - besonders eindringlich - die Verletzbarkeit unserer hochentwickelten und vernetzten Industriegesellschaften offengelegt.

Besonders wichtig bei den Auswirkungen des 11. September ist die grundlegende Veränderung der Bewusstseinslage unseres wichtigsten Bündnispartners.

Den Amerikanern wurde die Gewissheit der Unverletzbarkeit im eigenen Land genommen.

Europäer, die in den zwei Weltkriegen des 20. Jahrhunderts die unmittelbare Folgen militärischer Auseinandersetzungen im eigenen Lande erfahren haben, können sich nur schwer vorstellen, welche traumatischen Auswirkungen der 11. September 2001 auf das Bewusstsein Amerikas hatte.

Die USA haben im 20. Jahrhundert zwei Weltkriege geführt und danach drei regionale Kriege, in Korea, in Vietnam und am Golf und dazu eine Reihe anderer Militäroperationen.

Aber das eigene Land blieb stets von den unmittelbaren Folgen verschont.

Was jetzt geschehen ist, hat alle diese Erfahrungen gegenstandslos gemacht.

Das erklärt Betroffenheit und Reaktion der amerikanischen Öffentlichkeit.

Der Kalte Krieg und der Kampf der Systeme zwischen Ost und West wurde geistig, politisch und wirtschaftlich ausgetragen.

Enorme militärische Anstrengungen - vor allem eine entschlossene Haltung des Westens gegenüber dem sowjetischen Expansionsstreben – hat den Umschlag in einen Heißen Krieg in Europa verhindert.

Ohne die NATO und ohne die Bundeswehr wäre die deutsche Entspannungspolitik weder möglich, noch gar aussichtsreich gewesen.

Stellvertreterkonflikte und Kriege in anderen Teilen der Welt gab es gleichwohl.

Auch sie waren ein früher Hinweis auf die zunehmende Globalität der internationalen Beziehungen.

Technologische Entwicklungen wie der Eintritt in die Informationsgesellschaft und neue Entwicklungen im Verkehr hätten schon sehr viel früher zu jenen Umwälzungen in allen Lebensbereichen führen können, die wir heute als Globalisierung bezeichnen.

Der Ost-West-Gegensatz lähmte die Auswirkungen dieser technologischen Entwicklungen auf die globale Zusammenarbeit.

Gleichzeitig aber hatten sie - und das gilt insbesondere für den Eintritt in das Informationszeitalter - auch beschleunigende und verstärkende Auswirkungen auf die revolutionären Prozesse innerhalb des sowjetischen Machtbereichs.

Aber die neue Weltordnung, von der seit dem Beginn der 90er Jahre so viel gesprochen wird, entwickelt sich keineswegs von selbst in geordneten Bahnen. Wenn sie nicht chaotisch verlaufen soll, muss sie gestaltet werden in einem umfassenden Zusammenwirken von Staaten, Wirtschaftsfaktoren, aber auch durch die globale Diskussion der Eliten über die Zukunft der Menschheit. Globalisierung bedeutet auch Emanzipation von Menschen, Gesellschaften und wirtschaftlichen Faktoren.

Das hat befreiende Wirkungen, wenn es sich in stabilen Rahmenbedingungen vollzieht, so wie das in unseren freiheitlichen Gesellschaften der Fall ist.

In der Zeit des Kalten Krieges hatte die globale Rivalität der beiden Systeme die Regeln der Zusammenarbeit weltweit bestimmt.

Jetzt gilt es, kooperativ die Rahmenbedingungen für die neue Weltordnung in der Zeit der Globalisierung festzulegen.

Und das keineswegs nur für den Bereich der Wirtschaft, wo mit der Welthandelsorganisation WTO bereits wichtige Schritte getan worden sind.

Es gilt genauso für die globalen Finanzmärkte, für die durch Zusammenwirken von Staaten und privatem Sektor Transparenz sichergestellt werden muss.

Die Bemühungen von Weltbank und Weltwährungsfonds um die Reform des internationalen Finanzsystems verlangen konstruktive Beiträge der Europäischen Union und unserer engsten Partner, vor allem der USA und Japans.

Ein Versagen bei der Schaffung von neuen Rahmenbedingungen beschwört die Gefahr herauf, dass sich durch Fehlentwicklungen in der Weltwirtschaft und auf den globalen Finanzmärkten neue Erschütterungen und Instabilitäten und als Folge davon neue Systemkritik an den marktwirtschaftlichen Ordnungen ergeben.

Dass bedeutet: über dem militärischen Kampf gegen den Terrorismus dürfen die anderen globalen Herausforderungen nicht vernachlässigt werden, oder, um es

anders auszudrücken, wir dürfen die Soldaten beim Kampf gegen den Terrorismus nicht allein lassen.

Die Grundlagen für die neue Weltordnung muss die Politik schaffen.

Die Industriestaaten müssen einsehen, dass der Prozess der Globalisierung mit seinen enormen Chancen sich nur dann bruchlos entwickeln kann, wenn auch die Entwicklungsländer dabei zu ihrem Recht kommen.

Der Kampf gegen Hunger und Armut bedeutet auch Beseitigung von Brutstätten des Terrorismus, wo Not und Verzweiflung zum Nährboden für Gewaltbereitschaft werden.

Die Überwindung von Unterentwicklung, Analphabetentum und Krankheiten müssen weltweit größere Priorität bekommen.

Die Entwicklungsländer müssen ihre Standortvorteile genauso zur Geltung bringen können wie die Industriestaaten des Nordens die ihren.

Einen freien Welthandel kann es nicht à la carte geben, auch nicht zugunsten der Industriestaaten.

Der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme hat der Marktwirtschaft weltweit eine Chance eröffnet.

Sie wird sich weltweit durchsetzen, wenn sie durch gleichberechtigte Teilnahme als gerecht und für alle vorteilhaft empfunden wird.

Auch beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist globale Kooperation unverzichtbar.

Wir leben in der einen Umwelt - Treibhausgase irgendwo betreffen in ihren klimatischen Auswirkungen alle Menschen.

In unmittelbarem Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus muss die Bekämpfung der organisierten Kriminalität gesehen werden.

Auf der Täterseite gibt es diesen Zusammenhang durch Vernetzung längst.

Wie aber sieht es auf der Seite der Strafverfolgung aus?

Für viele terroristische Aktivitäten schafft die organisierte Kriminalität erst die finanziellen Grundlagen.

Der Tatort Geldwäsche liegt nicht in den afghanischen Bergen, sondern in den Bankenzentren und Steueroasen des Westens.

Die Aufzählung dieser Themen, die keineswegs erschöpfend ist, zeigt das Ausmaß an Gestaltungsnotwendigkeiten nach Eintritt in die Globalisierung.

Hier setzt die besondere Verantwortung der Europäischen Union ein, denn sie hat mit der Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung ein Beispiel gegeben, was gleichberechtigte Zusammenarbeit großer und kleiner Staaten, die sich auf Grundwerte verständigt haben, zu erreichen vermag.

Der alte Kontinent kann deshalb in seiner neuen Gestalt einen wichtigen Beitrag zur neuen Weltordnung leisten.

Dem Einwand, dass dies angesichts der ganz unterschiedlichen Kulturen auf dieser Welt kaum möglich sein wird, muss entgegengehalten werden, dass große Hindernisse auch in Europa bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts hinein gesehen wurden.

Die Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges und seine verheerenden Nachwirkungen, die schreckliche Perversion nationalistischen und rassistischen Wahns in Deutschland von 1933 und 1945 zeigen, dass das Denken in Gegensätzen, Vorurteilen und Überlegenheitsansprüchen auch in Europa noch nicht so lange zurückliegt.

Huntingtons düstere Prognose vom vermeintlich unvermeidbaren Zusammenstoß der Kulturen ist keineswegs eine unausweichliche Perspektive.

Schleifen lassen darf man die Entwicklung allerdings nicht.

Globalisierung eröffnet eine Chance, die man auch verspielen kann.

Dann werden Chancen zu Risiken und aus Risiken neue Bedrohungen.

Das Ringen um eine neue, gerechte Weltordnung ist zuallererst eine geistige Aufgabe.

Christa Wolf hat mit der Feststellung "Wann der Krieg beginnt, das weiß man" die Frage verbunden "Wann beginnt der Vorkrieg?".

Man möchte hinzufügen "Wo beginnt der Vorkrieg?"

Denn in der Antwort auf diese Frage liegt die Wurzel des Verständnisses für die Probleme, denen wir uns bei der Gestaltung der neuen Weltordnung gegenüber sehen.

Der Vorkrieg beginnt in den Hirnen und Herzen der Menschen, dort, wo die Vorurteile sich einnisten, wo das Gefühl vermeintlicher eigener Überlegenheit oder vermeintlicher Unterlegenheit oder gar Minderwertigkeit anderer ihre Heimstatt haben.

Deshalb ist die Erziehung der jungen Generation zur Achtung nicht nur der eigenen Kultur, sondern auch der Kulturen anderer Völker und anderer Regionen eine unverzichtbare Voraussetzung globaler Partnerschaft.

Kinder, die in einer solchen Achtung aufwachsen, kann man später nicht mehr gegen andere aufhetzen.

Der theologische Rebell Hans Küng erkennt in den schriftlichen Zeugnissen aller Weltreligionen Einsichten, die für Immanuel Kant Voraussetzungen des friedlichen Zusammenlebens der Menschen sind.

Man muss sie nur sehen wollen.

Und man muss erkennen: Jedes Volk hat seine eigene Würde.

Sie zu achten, die Würde der großen und der kleinen Völker, gehört zu den Postulaten einer neuen stabilen Weltordnung.

Der Artikel 1 unseres Grundgesetzes spricht von der Würde des Menschen, das meint jedes Menschen.

Das meint aber auch jedes Volkes.

Keine Gemeinde, kein Staat, keine Region kann auf Dauer gedeihen, wenn das Recht des Stärkeren und nicht die Herrschaft des Rechts gilt.

Das gilt auch für das Völkerrecht.

Wie aber sieht die Welt am Anfang des 21. Jahrhunderts aus?

Wie steht es um die Europäische Union und wie um die NATO, und was geschieht mit der OSZE?

Im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts war es die Aufgabe europäischer Staatskunst, die Einigung Europas im demokratischen Teil des Kontinents entschlossen voranzubringen, das atlantische Bündnis zu festigen und handlungsfähig zu halten und durch Zusammenarbeit mit dem Osten die Teilung Deutschlands und Europas zu überwinden.

Die Strategie der NATO für die Überwindung der europäischen Teilung wurde im Harmel-Bericht aus dem Jahre 1967 formuliert.

Ihre wesentlichen Bestandteile waren:

1. die gesicherte Verteidigungsfähigkeit des westlichen Bündnisses und
2. die Bereitschaft und Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit dem Osten im Interesse der Überwindung der Teilung.

Der Einigungsprozess innerhalb der EG sicherte die politische und wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der europäischen Partner.

Die deutsche Initiative für die Schaffung einer europäischen Währungsunion im Jahre 1987 ist ein Beweis für die europäische Dynamik jener Jahre.

Die alte Bundesrepublik Deutschland hatte bei der europäischen Einigung für umfassende Kooperation mit dem Osten eine Schlüsselrolle übernommen.

Das entspricht unserer Berufung als Land in der Mitte Europas, als Land mit den meisten Nachbarn.

Gleichzeitig war die deutsche Rolle bei der strategischen Ausrichtung der Allianz und bei der erfolgreichen Bewältigung der in der sowjetischen SS 20-Aufrüstung liegenden Herausforderung zentral.

Der NATO-Doppelbeschluss war eine deutsche Initiative, sein Schicksal entschied sich allein in Deutschland.

Michail Gorbatschow hat im Dezember 1993 bestätigt, dass die Fähigkeit des westlichen Bündnisses zur Stationierung der amerikanischen Pershing und Marschflugkörper den entscheidenden Anstoß zu einem fundamentalen Umdenkungsprozess in der sowjetischen Führung gegeben habe.

Außenpolitik ohne äußere Sicherheit verliert ihre gestaltende Funktion.

Ihr bleibt nur übrig, außenpolitische Entwicklungen zu kommentieren, zu begrüßen oder zu kritisieren.

Die Funktion der Streitkräfte als Garantie der Sicherheit für das eigene Land und als Fundament für die außenpolitische Handlungsfähigkeit bleibt auch in Zukunft unverzichtbar.

Was sich ändert, sind Art und Ort der Bedrohung, und daraus folgend auch der Auftrag und die Voraussetzungen für die Streitkräfte.

Die erheblichen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland zur europäischen Einigung und zur westlichen Sicherheit in der Vergangenheit müssen Maßstab sein für unser zukünftiges Engagement in der EU und in der NATO des 21. Jahrhunderts und wir müssen dafür sorgen, dass die OSZE gesamteuropäisch stärker genutzt wird.

Deutschland muss eine solche Verantwortung auch heute übernehmen, konzeptionell und mit seinen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten.

Daraus waren politische, mentale und vor allen Dingen auch die Bundeswehr betreffende Konsequenzen zu ziehen: für ihren Auftrag, ihre Fähigkeiten und daraus folgend für Struktur, Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung.

Der von der Europäischen Union geschaffene und von der NATO gesicherte größere Stabilitätsraum Europa wird durch die Aufnahme neuer Mitglieder weiter ausgedehnt. An seinem Ostrand gibt es keine militärische Konfrontation, vielmehr entwickelt sich durch eine immer engere Kooperation der EU mit Russland und den anderen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion eine stabile, auf Zusammenarbeit gegründete Nachbarschaft.

Zur gleichen Zeit leistet die Europäische Union für den Mittelmeerraum eine wichtige Stabilitätsfunktion durch ihre Mittelmeervertragspolitik.

Die ökonomischen Leistung, die sie dabei für Anrainerstaaten des Mittelmeerraumes erbringt, sind beachtlich.

Aber auch die Nahostpolitik der EU braucht neue Impulse.

Was ohne europäisches und amerikanisches Engagement geschieht, haben wir in den letzten Monaten erlebt.

Ohne ein gestaltendes Konzept – wie langfristig die Schaffung einer Art KSZE für den Nahen Osten – wird dauerhafte Befriedung nicht zu erreichen sein.

Gedankenspiele über militärische Einsätze im Nahen Osten können das notwendige politische Konzept nicht ersetzen.

Ja, es muss erst ein solches politisches Konzept vorliegen und von den Beteiligten akzeptiert sein, bevor über seine Absicherung entschieden werden kann.

Gedanken in Richtung auf ein politisches Konzept, wie sie derzeit im Auswärtigen Amt unter Einbeziehung des saudi-arabischen Planes erarbeitet werden, könnten Grundlage einer dringend notwendigen europäischen Initiative werden.

Eine solche Initiative verlangt ein gemeinsames Engagement der UN, der EU, der USA, Russlands und auch China sollte dabei sein.

Die Zusammenarbeit der EU mit anderen Regionen der Welt unterstreicht die Einsicht, dass Sicherheit und Stabilität heute von vielen Komponenten abhängig sind: Politik, Wirtschaft, Ökologie und natürlich von der Fähigkeit und dem Willen der beteiligten Staaten, ihr Konflikte friedlich zu lösen und nicht allein von der Inanspruchnahme militärischer Optionen.

Die Lehren, die aus der entschlossenen Reaktion auf die sowjetische Bedrohung nach dem Zweiten Weltkrieg und aus der Überwindung der Teilung Europas zu ziehen sind, unterstreichen, dass das Ausmaß der Gefahren einer Bedrohung nicht nur von der Seite abhängig ist, von der diese Bedrohung ausgeht, sondern auch von dem Willen und der Fähigkeit des Bedrohten, eine solche Herausforderung anzunehmen.

Das verlangt klar definierte Ziele, konzeptionell abgesicherte Fähigkeiten und entschlossenes Handeln sowie den Willen zur gemeinsamen Aktion, im konkreten Fall also innerhalb der Europäischen Union und innerhalb des westlichen Bündnisses.

In allen diesen Fragen muss Europa seine maßgebliche konzeptionelle Rolle durch aktive Beteiligung zurückgewinnen.

Vor diesem Hintergrund geben die Entwicklungen im Bündnis Anlass zur Sorge. Der Wille, dem Terrorismus entschlossen gegenüberzutreten, wurde nicht begleitet von einer politischen Strategie des Bündnisses.

Sie scheinen, wie die Diskussion über künftige militärische Ziele zeigt, auch jetzt nicht vorhanden zu sein.

Zudem wird die Fähigkeit der NATO, neuen Herausforderungen zu begegnen, im Bündnis selbst in Zweifel gezogen.

Wenn es wirklich so sein sollte, dann ist es Sache der Mitgliedstaaten, die aufgetretenen Mängel abzustellen.

Nicht irgendwann, sondern jetzt.

Die Erfolgsgeschichte der NATO bei Bestehen und Überwindung des Kalten Krieges beruhte auf zwei Faktoren:

1. gemeinsamen Grundwerten
2. einer gemeinsamen Strategie, die auf der Grundlage von Gleichberechtigung und Ebenbürtigkeit entwickelt wurde.

Kennedys Ruf nach dem europäischen Pfeiler ließ schon damals die Sorge erkennen, das Bündnis könne durch amerikanisches Übergewicht aus der Balance geraten.

Hier zu handeln ist aber zuerst Sache der Europäer.

Nicht um in militärischer Stärke mit der Supermacht USA gleichzuziehen, sondern um europäische Dynamik und Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen.

Deutschland und Frankreich müssen ihre Verantwortung für die Zukunft der EU entschlossen wahrnehmen.

Die Geschichte wird die heute in der EU Verantwortlichen nicht danach beurteilen, wie viel sie für ihre jeweilige Klientel in Wahrnehmung vermeintlicher nationaler Interessen aus der EU-Kasse herausgeholt haben, sondern allein danach, ob Europa in einer Zeit tektonischer Veränderungen in der Welt den Platz eingenommen hat, den es für seine Zukunftssicherung braucht.

Von gleicher Bedeutung ist der Zusammenhalt im Bündnis.

Die Kohärenz im Bündnis darf unter dem Gesichtspunkt einer „Coalition of Willing“ nicht zweitrangig werden.

Auch Gelegenheitskoalitionen mit falschen Partnern außerhalb der NATO können den Keim neuer Konflikte in sich tragen.

Aus Zufallspartnern auf Zeit können schnell die Gegner von morgen werden.

Man erinnere sich: Die Aufrüstung der Taliban hat - wie man sehen konnte - kurzfristig Gewinn, langfristig erheblichen Schaden verursacht.

Noch stärker gilt das für die Aufrüstung Saddam Husseins, nur weil man in ihm einen Verbündeten gegen die vermeintlich größere Gefahr aus dem Iran sah.

Die Geschichte kennt zahlreiche Beispiele, wo die Absicht, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben, auf Irrwege führte.

Es ist meine Überzeugung: Die Auffassung, mit dem Ende des kalten Krieges habe die NATO ihre Zukunft hinter sich, ist nicht nur falsch, sie ist in hohem Maße gefährlich.

Die westliche Allianz war niemals nur eine Militärallianz alten Stils.

Sie hatte vielmehr von Anfang an eine klare geistige Grundlage, nämlich übereinstimmende Wertvorstellungen von Menschenwürde, Menschenrechten, Demokratie und Selbstbestimmung.

Diese Übereinstimmung ist die legitime Grundlage ihrer Fortdauer.

Gerade jetzt wird die Allianz zwischen den nordamerikanischen und europäischen Demokratien bei der Entwicklung einer neuen Weltordnung gebraucht.

Wenn gleichberechtigte Kooperation die Grundtendenz unserer Zeit ist, dann muss das auch zwischen Europa und Amerika gelten: Nach dem Ende des kalten Krieges darf der Atlantik nicht breiter werden – im Gegenteil.

Zusätzlich zum Bündnis und der Aufrechterhaltung seiner Funktionsfähigkeit müssen weitere Felder der Kooperation erschlossen werden: im politischen Bereich, in der

Sicherheitspolitik, einschließlich der Abrüstungspolitik, aber auch ökonomisch, ökologisch und wissenschaftlich.

Nun macht die gegenwärtige amerikanische Administration es ihren europäischen Verbündeten nicht gerade leicht.

Alleingänge im Klimaschutz, bei der Schaffung internationalen Rechts zur Verfolgung von Kriegsverbrechen, handelspolitische Alleingänge, das alles führt zu überflüssigen Disharmonien.

Zur Überwindung dieser Situation reicht es aber nicht aus, mit dem Finger auf Washington zu zeigen.

Gibt es wirklich zuviel Amerika?

Oder liegt das Problem nicht auch in der Tatsache, dass es derzeit zu wenig Europa gibt?

Also ein Europa, das weiß, was es will, an dem in der Klarheit seiner Ziele und seiner Entschlossenheit auch die USA nicht vorbeigehen können.

Ein Europa, das politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich und militärisch Gewicht hat, wird – wie in der Vergangenheit – auch in Zukunft in Washington als ebenbürtiger und gleichberechtigter Partner gesehen.

Europa ist es sich selbst schuldig und seiner transatlantischen Verantwortung für eine neue gerechte Weltordnung, dass es Gewicht und Initiative zurückgewinnt.

Dieses Gewicht wird uns von niemandem vorenthalten.

Die Europäer selbst sind es, die den erforderlichen Willen dazu haben müssen.

Die europäischen Verbündeten der USA, die mit dem Beschluss zur Erklärung des Verteidigungsfalles nach den terroristischen Gewaltakten vom 11. September 2001 nicht nur ihre vertraglich zugesagte Solidarität besiegelten, sondern auch dem Vertragsinhalt eine neue Dimension gaben.

Das sollte in Washington nicht gering eingeschätzt werden.

Heute geht es um die zentrale Frage, ob die bipolare Weltordnung des kalten Krieges, die bestimmt war durch den Gegensatz Washington - Moskau, abgelöst worden ist durch eine unipolare, auf Washington zentrierte Weltordnung, oder ob wir nicht vielmehr die Entwicklung hin zu einer multipolaren, auf Kooperation gegründeten Weltordnung stehen.

Die Umrisse dieser neuen Entwicklung zeichnen sich ab.

Bedeutsame Faktoren der neuen Weltordnung werden die großen Staaten sein, zuallererst die Vereinigten Staaten von Amerika.

Sie sind heute das mit Abstand stärkste Land der Welt, politisch, wirtschaftlich, wissenschaftlich, militärisch.

Aber hierher gehört auch Russland, trotz aller seiner Probleme und keineswegs nur wegen seiner atomaren Potentiale.

Unter Führung von Präsident Putin nimmt Russland nach Jahren Indifferenz in der Jelzin-Zeit eine immer deutlichere Hinwendung zum Westen vor.

Ein anderer bedeutsamer Faktor der neuen Weltordnung ist Indien, die volkreichste Demokratie der Welt.

China, das Land mit der größten Bevölkerungszahl, betreibt eine sich immer mehr beschleunigende Politik der Öffnung, die im Bereich der Wirtschaft ihren Anfang nahm, die in der wissenschaftlichen Kooperation dem Land in immer mehr Wissensgebieten den Aufschluss zur Weltspitze erreicht hat.

Der Besuch, den der chinesische Staatspräsident in diesen Tagen in Deutschland abstattet, verstärkt die Botschaft, dass China seine globale Verantwortung und Rolle immer mehr in Anspruch nehmen will, mit einer auf Ausgleich und Stabilität gerichteten Außenpolitik, die in der EU genauso wie in den USA wichtige Partner der Zusammenarbeit sieht.

Japan, das derzeit vor einer neuen Periode der Öffnung und der Flexibilisierung seiner wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen steht, ist ein anderes Kraftzentrum der neuen Weltordnung.

Es entstehen regionale Gruppierungen in allen Teilen der Welt, in denen sich mittlere und kleinere Staaten zusammenschließen, um ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten und am Bau der neuen Weltordnung mitzuwirken.

ASEAN ist ein Beispiel in Südostasien, MERCOSUR in Lateinamerika.

Die viel weiterfortgeschrittene Integration in der EU ist für sie beispielgebend.

Auch für die Zukunft der NATO lohnt es sich, geschichtliche Erfahrungen zu beherzigen.

Wenn es möglich war, in enger Abstimmung innerhalb des Bündnisses die Herausforderung, die in dem sowjetischen Militärpotenzial und den darauf gegründeten machtpolitischen Ambitionen lag, zu bestehen, dann sollte es erst recht möglich sein, den globalen Herausforderungen im 21. Jahrhundert gemeinsam zu begegnen und dabei die gemeinsame Basis durch Kooperation immer weiter auszudehnen.

Nun ist es keineswegs so, dass die Aufforderung an die USA, die Allianz zu festigen und sie nicht zu vernachlässigen, von den europäischen Verbündeten ohne Selbstkritik erhoben werden könnte.

Die veränderten Rahmenbedingungen haben fundamentale Auswirkungen auf den Auftrag der europäischen Streitkräfte.

Das gilt insbesondere für unsere Bundeswehr, die seit der Entscheidung für die Wiederbewaffnung im Bewusstsein der Deckungsgleichheit von unmittelbarer Landesverteidigung und Bündnisverpflichtung handeln konnte.

Hinzu kommt, dass die Konflikte des 21. Jahrhunderts asymmetrischen Charakter haben, auch darauf muss sich Europa noch stärker einstellen.

Eine Bündelung der in Europa vorhandenen Ressourcen und eine immer engere Kooperation sind deshalb nicht nur eine politisch wünschenswerte, sondern eine im Interesse der eigenen Sicherheit dringlich gebotene Aufgabe.

Das gilt nicht zuletzt für die Bundesrepublik Deutschland.

Die Teilnahme an internationalen Operationen in den letzten Jahren hat offenkundig gemacht, wo die Probleme liegen.

Die mit der Strukturreform begonnene Erledigung der eigenen Hausaufgaben muss begleitet werden von Initiativen innerhalb der Europäischen Union, die zu einem gemeinsamen politisch-strategischen Konzept führen, aus dem dann auch für die militärische und die rüstungspolitische Zusammenarbeit die erforderlichen Konsequenzen gezogen werden müssen.

Das sind einmal Konsequenzen für die Kooperation innerhalb der Europäischen Union, aber auch für Initiativen der EU und das heißt auch der europäischen Allianzpartner der NATO.

Die Notwendigkeit von Handlungsfähigkeit und schneller Reaktionsfähigkeit setzt den Maßstab.

Nur engere Zusammenarbeit, einschließlich der Bereiche Forschung und Rüstungskooperation, kann das Zurückfallen Europas gegenüber den USA stoppen. Dem richtigen Verständnis westlicher Sicherheitspolitik, dass Abrüstungspolitik integraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik ist, muss durch Abrüstungsinitiativen unter den neuen Rahmenbedingungen Rechnung getragen werden.

Für Europa heißt das, eine zielgerichtete Fortsetzung der Politik der konventionellen Abrüstung, die die Notwendigkeit des Vorhaltens erheblicher Streitkräfte für die Sicherheit auf unserem Kontinent reduziert.

Hinzu kommen müssen Initiativen gegen spannungserhöhendes regionales Wettrüsten in anderen Teilen der Welt, aber auch für Vereinbarungen über die Rüstungsexportpolitik unter den globalen Kooperationspartnern und die Unterstützung von regionalen Abrüstungsregimen.

Entscheidend ist eine strikte Durchsetzung des Verbots der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Die Ausbreitung von Massenvernichtungsmitteln und die Ausbreitung von Trägersystemen haben enorme destabilisierende Wirkung.

Hier geht es zuerst darum, die Autorität des Nichtverbreitungsvertrages wiederherzustellen durch ein wirksames und robustes Kontrollsystem.

Aber auch die Atommächte müssen ihre Zusagen einhalten, die sie bei Abschluss des Nichtverbreitungsvertrages gegeben haben, nämlich eine durchgreifende nukleare Abrüstungspolitik zu betreiben.

Zu den sicherheitspolitischen Unklarheiten gehört die Diskussion über die sogenannte Friedensdividende.

Die Formel "weniger Bedrohung – weniger Soldaten und deshalb weniger Finanzmittel für die Verteidigung" kann in dieser vereinfachenden Konsequenz zu gefährlichen Schlüssen führen.

Natürlich hat das Ende des Ost-West-Konflikts die sicherheitspolitische Landschaft grundlegend verändert.

Aber es gibt auch in der Sicherheitspolitik kein Ende der Geschichte, wohl aber die Notwendigkeit, sich neuen Herausforderungen zu stellen.

Wenn die neue Weltordnung Gestalt annehmen soll, bedarf sie der Absicherung. Es gibt keine entfernten Gebiete mehr.

Was irgendwo auf dieser Welt geschieht, betrifft auch uns, manches sofort, manches später.

Das stellt alle Staaten vor neue Aufgaben, nicht nur uns Deutsche, aber eben uns Deutsche auch.

Aber nicht, wie uns manche weis machen wollen, weil wir vereint und deshalb größer sind, wohl aber, weil das Ende des Kalten Krieges die Welt verändert hat.

Das bedeutet zuallererst neue Chancen mit neuen Herausforderungen.

Aber neue Risiken können zu neuen Bedrohungen werden, wenn wir sie nicht rechtzeitig als Herausforderung erkennen und annehmen.

Die Auffassung, dass eine kleinere Armee auch weniger Geld kostet, darf die Einsicht nicht verdrängen, dass der Personalumfang einer Armee, ihre Ausbildung, ihre Ausrüstung und ihre Bewaffnung allein von ihrem Auftrag bestimmt werden.

Dieser Auftrag aber ist das Ergebnis politischer Entscheidungen.

Sie müssen alle Aspekte der Politik beachten, auch die finanziellen.

Die politische Verantwortung für die Erteilung des Auftrags an die Streitkräfte schließt auch die politische Verantwortung für die Bereitstellung der dafür erforderlichen Finanzmittel ein.

Was man meint, nicht bezahlen zu können, das darf man seinen Soldaten auch nicht zumuten.

In einer Zeit, in der wir in unserem Umfeld Frieden und Stabilität haben, verlangt der Einsatz unserer Soldaten in anderen Teilen Europas und erst recht in anderen Teil der Welt ein besonders hohes Maß an staatsbürgerlicher Verantwortung und staatsbürgerlichem Engagement.

Er verlangt von den Soldaten und von ihren Familien die Inkaufnahme eines hohen Risikos für Leib und Leben.

Die Soldaten haben deshalb Anspruch auf die volle Rückendeckung der Politik.

Wer einem Einsatz der Bundeswehr im Parlament nur zustimmt, um die machterhaltende Mehrheit nicht zu gefährden, in der Sache den Einsatz aber ablehnt, und das auch noch zu Protokoll des Bundestages gibt, der fällt den Soldaten bei ihrem schweren und gefährlichen Einsatz in den Rücken.

So kann man Soldaten nicht motivieren.

Eine Armee ist mehr als eine Ansammlung von Uniformen, Waffen und Gerät.

Eine Armee besteht zuallererst aus Menschen.

Sie hat eine Seele, die nicht missbraucht werden darf als Trampolin für Wahlkampfprofilierung.

Das Parlament sieht die Bundeswehr als Parlamentsarmee.

Deshalb entscheidet es nach der gegenwärtigen Rechtslage auch über Einsätze außerhalb des Bündnisgebietes; deshalb bestellt es auch einen Wehrbeauftragten des Bundestages.

Das bedeutet aber, das Parlament muss seine Verantwortung auch dann wahrnehmen, wenn es um die Bereitstellung der für die Bundeswehr und ihre Strukturreform notwendigen Finanzmittel geht.

Oder, um es anders auszudrücken: Das Parlament, dessen vornehmstes Recht die Budgethoheit ist, muss notfalls im Haushalt die notwendigen Prioritäten für die Erfüllung der politischen Vorgaben durchsetzen.

Eine Kluft zwischen dem Auftrag für die Streitkräfte und den für seine Erfüllung bereitgestellten Finanzmitteln geht zu Lasten der Sicherheit.

Und diejenigen, die das zuerst zu spüren bekommen, sind die Soldaten und ihre Familien.

Es ist die Verantwortung der Politik, die Mittel bereitzustellen, die die Bundeswehr für die Erfüllung ihres Auftrages braucht.

Und das muss jetzt und nicht später geschehen, denn die Auslandseinsätze finden jetzt statt, und die Strukturreform ist auch nicht aufschiebbar.

Die Fürsorgepflicht für die Soldaten verbietet die Lösung der Finanzprobleme auf ihrem Rücken.

Man möchte wünschen, dass dieser für die Bundeswehr zentralen und für unsere außenpolitische Handlungsfähigkeit hochaktuellen Frage größere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Sie sollte zumindest mit der gleichen Energie behandelt werden, mit der zur Zeit die Diskussion über die Wehrpflicht geführt wird.

Ich will diese Diskussion nicht durch einen weiteren Beitrag verschlimmern, das um so mehr, als ich noch keine durchgreifende Begründung gehört habe, die mich von meinem Ja zur Wehrpflicht abbringen könnte.

Man kann nur hoffen, dass das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts für diese Debatte Ernüchterung bewirkt.

Im Übrigen sollte niemand vergessen: Die Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr und die Motivation der Soldaten hat auch Auswirkungen auf die Akzeptanz der Wehrpflicht.

Wer allerdings den Eindruck erweckt, die Finanzprobleme der Bundeswehr könnten kurz- oder mittelfristig durch Abschaffung oder Aussetzung der Wehrpflicht gelöst werden, der handelt entweder in Unkenntnis oder wider besseres Wissen.

Wer – unabhängig von der Frage: Wehrpflicht ja oder nein – der Bundeswehr zusätzliche Aufgaben im Inneren, die den bisherigen Auftrag überschreiten, zuweisen will, hat offensichtlich keine Ahnung von der angespannten Personallage.

Der Bundeswehr mit ihren Soldaten und ihren Zivilangestellten, muss im Rahmen der Strukturreform viel zugemutet werden.

Das Gleiche gilt für die Reduzierung auf eine geringere Personalstärke und für die Stationierung, über das vereinte Land verteilt, für Soldaten und ihre Familien.

Das muss auf der anderen Seite beantwortet werden mit der Beachtung der sozialen Lage der Soldaten und der optimalen Ausbildung, Ausrüstung und Bewaffnung für die im neuen Auftrag liegenden Einsatzoptionen.

Ich wünsche mir, dass der Deutsche Bundestag über Parteigrenzen hinweg seine Verantwortung für unsere Soldaten wahrnimmt, bei sorgfältiger Abwägung von Entscheidungen über die Mitwirkung an internationalen Ereignissen, aber auch bei der notwendigen Mittelbereitstellung.

Meine Damen und Herren,

das neue Jahrhundert hält für uns Europäer, und damit auch für uns Deutsche, im Herzen unseres Kontinents große Chancen bereit.

Wir müssen sie nur erkennen und entschlossen nutzen, beherzt und mit Zuversicht.

Wir müssen es tun, durchdrungen von den Grundwerten unseres freiheitlichen Staates, im Bewusstsein unserer europäischen Berufung und der Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft.

Mit dem großen Ziel, Europa immer enger zusammenzuführen zu einem Stabilitätsraum in einer neuen, auf Menschenwürde und Gerechtigkeit gegründeten Weltordnung.

Mit großem Respekt blicke ich auf die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes, die uns in der Präambel unserer Verfassung das Ziel vorgegeben haben, Deutschland zu einen, an der Einigung Europas mitzuwirken und dem Frieden der Welt zu dienen.

Was viele nicht mehr glaubten und manche nicht mehr wollten: Die Einheit unseres Landes konnte erreicht werden.

Auf dem Wege zur Einigung des ganzen Kontinents haben wir große Erfolge erzielt. Wir werden in dem neuen Jahrhundert daran gemessen werden, ob es uns gelingt, die Einheit Europas zu vollenden und den Frieden in einer gerechten Weltordnung in einem umfassenden Sinne dauerhaft zu sichern.

In einer solchen umfassenden Verantwortungspolitik unseres Landes hat unsere Bundeswehr auch in Zukunft ihren unverzichtbaren Platz.